

9.40

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Wissen Sie, Herr Dr. Stummvoll, falsche Argumente werden nicht besser, wenn man sie wiederholt, die Frage ist nur: Welche Argumente sind falsch? (*Abg. Dr. Stummvoll: Ihre!*)

Der Herr Bundeskanzler hat zum Beispiel heute betont und auch zugegeben, dass es vernünftiger gewesen wäre, vorher zu informieren, was in Brüssel verhandelt und beschlossen wird, und nicht erst nachher. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Krainer und Mag. Rudas.*) Aber das hat ja einen Grund gehabt: Er hat das nachher gemacht, weil es vorher zu einem Aufschrei geführt hätte – und verhandelt hat diese Regierung in Brüssel überhaupt noch nie. Sie fliegt nach Brüssel, sagt zu allem Ja und Amen, füllt ein Fass ohne Boden – Fortsetzung folgt –, und so geht das dahin. (*Beifall bei der FPÖ.*) – Das ist genau der Punkt.

Herr Cap, das Einzige, wo ich Ihnen Recht gebe, ist, dass all die unregulierten Finanzmärkte schuld sind, aber diesbezüglich bringen Sie ja nichts zustande. Wenn Sie in Brüssel verhandeln würden, dann müssten wir ja schon viel weiter sein! Und es ist schon interessant, wofür der Euro alles herhalten muss. Der Euro muss herhalten für Stabilität, für Sicherheit und und und. – Das stimmt ja nicht! Unser Klubobmann hat Ihnen das klar aufgezeigt und das sagen Ihnen auch Experten en masse: Das ist nichts anderes als die falsche Schuldenpolitik gewisser Länder in der EU und die Rettung der Banken. Nichts anderes ist das und kein Euro-Rettungspaket! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was ich nicht verstehe, ist Folgendes: Jetzt beschäftigt diese Bundesregierung eine ganze Heerschar von Experten – von Wirtschaftsexperten, von Finanzexperten, vom IHS bis zum WIFO und wie sie alle heißen – und die Mehrheit dieser Experten sagt Ihnen, dass der Weg falsch ist, dass der Weg, der eingeschlagen wird, falsch ist.

Jetzt kommen wir zu den falschen Argumenten, Herr Dr. Cap! Betreffend die falschen Argumente stellt sich die Frage: Auf welcher Seite sind die falschen Argumente? – Darüber kann man diskutieren, auch wenn die Mehrheit Ihrer Experten, die Sie immer wieder betonen und die Sie immer wieder zurate ziehen, warnend den Finger hebt und Ihnen sagt: Dieser Weg ist der falsche, denn er führt unweigerlich dazu, dass wir diese Rettungsschirme permanent erhöhen müssen, und dass das ein Fass ohne Boden ist, um nichts anderes zu tun, als den unregulierten Finanzmarkt zu retten. Nichts anderes ist all das!

Nehmen wir das her, was Sie hier beschlossen haben – jetzt geht es rein um Barmittel. Lassen wir Griechenland beiseite, wofür wir ohnehin schon eine Menge von Milliarden mit Haftungen und Barzahlungen geleistet haben. Nicht ein einziger Grieche, nicht ein einziger Ire, nicht ein

einzigster Portugiese hat nur einen Cent von dem, was Sie dort machen, im Gegenteil! Die eigenen Regierungen in Griechenland, Irland, Portugal wurden gezwungen – richtigerweise gezwungen –, ihr Budget in Ordnung zu bringen, das heißt, sie belasten die eigene Bevölkerung bis zum Gehnichtsmeer. Alles, was wir dort hinunter geschickt haben, hilft denen nicht einen Deut weiter. Das heißt, wir belasten die eigene Bevölkerung, schicken Geld hinunter, und die werden auch noch belastet.

Ich sage Ihnen: Wir sind von dieser Situation, in der sich Griechenland, Irland und Portugal befinden, nicht mehr so weit weg, wenn ich heute in der Presse lese, dass bereits fix sind, dass 3,4 Milliarden € der ausgelagerten Schulden zu den 200 Milliarden €, die wir ohnehin haben, bei den Maastricht-Kriterien dazugerechnet werden (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stefan*) – Sie haben die 60-Prozent-Grenze angesprochen, Herr Bundeskanzler; davon sind wir meilenweit entfernt – und bei 21,5 Milliarden € der ausgelagerten Schulden die Entscheidung noch offen ist, das heißt, da wird die Entscheidung noch fallen, ob diese mit eingerechnet werden. Wenn das der Fall ist, dann haben wir Ende des Jahres keinen Schuldenstand von 200 Milliarden €, sondern einen von bereits 225 Milliarden €, und dann können Sie sich anschauen, wo Ihre 60-Prozent-Maastricht-Grenze geblieben ist. (*Beifall bei der FPÖ. – Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Stefan.*)

Da kommt dann noch Folgendes dazu, Herr Bundeskanzler: Dann machen Sie die Zahlungen so fest, dass diese mit Juni 2013 beginnen. Die nächsten regulären Wahlen für dieses Hohe Haus finden im Herbst 2013 statt. Das heißt, Sie belasten jetzt schon die zukünftige Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren mit zusätzlich 450 Millionen € an Barzahlungen jährlich.

Jetzt bin ich gespannt, wie Sie das dann vermitteln wollen, wie Sie Ihren Budgetrahmen neu definieren, denn Sie haben ja in Ihrer Regierungszeit ein Budgetrahmengesetz bis zum Jahr 2014 beschlossen. Das stimmt ja nicht mehr! Wo nehmen Sie denn die zusätzlichen 450 Millionen € jährlich her, die dann das Budget ab 2013 belasten? Mir tut der jetzt schon leid, der Ihnen als Bundeskanzler im Herbst 2013 nachfolgt, denn dem gehört schon im Vorhinein die Tapferkeitsmedaille, denn diesen Sauhaufen aufzuräumen ist absolut unmöglich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das, was Sie hier machen, ist verantwortungslos! Sie belasten nicht nur zukünftige Generationen, sondern Sie machen es einer zukünftigen Bundesregierung absolut unmöglich, auch nur halbwegs normal diesen Staat weiterzuführen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

9.44